

Humanistische Union

Der Ennui im Neobiedermeier

Keine Ausflüchte: Die Zeiten sind weder hart noch modern, sie sind öde. Der Mehltau des Neobiedermeier hat sich auf Kultur und Gesellschaft gelegt. Ennui, also die verärgerte und gleichzeitig gelangweilte Form des Zuwartens in öffentlichen Angelegenheiten, ist die politisch korrekte Haltung.

Die Gesellschaft privatisiert. Die Abstinenz von der Politik, von den Wahlen, ist Kommentar über das, was zur Wahl steht. Keine großen Richtungsentscheidungen, die sind abgearbeitet. Stattdessen: viele austauschbare Gesichter, die sich die Politik zum Beruf erkoren haben und es kaum noch für nötig befinden, ihre neuerdings durch Politainment amplifizierte Mittelmäßigkeit schamvoll zu bemänteln. Doch halt: ist es nicht gerade die Mittelmäßigkeit des politischen Personals, die vor den großen Entwürfen schützt und der Bundesrepublik jenes Maß an Stabilität verleiht, die dem Wunsch, Berlin solle nicht Weimar sein, eindrucksvoll unterstreicht? Richtig ist ja, dass die Unterscheidbarkeit programmatischer Profile auf das zusammengeschrumpft ist, was sich selbst gern als Persönlichkeit geriert. Die hohe Weihe der Politik, dass ist der tägliche Reigen austauschbarer Statements, in der Politik auf der Ebene von Gesetzgebungsdetails abgehandelt wird. Keine Experimente, keine Grundsatzentscheidungen mehr, nur noch das Feinjustieren der Gesetzgebungsmaschinerie, verbunden mit der obligatorischen Rüpelhaftigkeit im Umgang mit dem politischen Gegner. Die Gesellschaft indes, sie langweilt sich.

Es ist eine Art von Langeweile, die sehr wohl Geburtshelfer sein kann für den Wunsch nach Eindeutigkeit, nach kristalliner Härte, nach einem Dezisionismus besonderer Art. Lebe rein und gefährlich, so könnte es alsbald heißen. "Aufgewachsen in einem Zeitalter der Sicherheit, fühlten wir alle die Sehnsucht nach dem Ungewöhnlichen, nach der Gefahr. Da hatte uns der Krieg gepackt wie ein Rausch." So Ernst Jünger, sein Verlangen nach Stahlgewittern erklärend. Was bleibt dann erst den Nachgeborenen noch zu tun, wenn das Ende der Geschichte zur philosophischen Gewissheit geronnen zu sein scheint? Wenn der geschichtsphilosophische Parusievollzug gemeldet ist und damit bedeutet wird, dass sich das Engagement nicht mehr lohne, weil doch Politik nun nichts anderes mehr sein könne als die Herrschaft der Experten? Wenn nur noch die Mühen der Ebene bewältigt werden müssen, treffen sich Marx und Fukuyama bei der Verwaltung der Sachen. Den übrigen ist anempfohlen: Man suche sich seine Nische, vom fröhlichen Organisieren des Nachbarschaftsfests bis zur meditativen Versenkung in immer neue esoterische Strömungen der Wissenden, Verschwiegenen und Eingeweihten.

Die Akteure auf der Bühne

Dies ist die Stunde politischer Mittelmäßigkeit, der Geist des "es geht". Profil wird nicht benötigt; die Straßen sind gut geteert, kein Eis, kein Aquaplaning, das die ruhige Fahrt im hurtigen Cabrio des gesellschaftlichen Fortschritts gefährden könnte. Die Richtung ist klar: vorwärts, immer weiter so hin zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Freiheit, zu mehr Glück, und das innovativ und mit ruhiger Hand. Mit im Cabrio sitzen die Wächter der symbolischen Formen, die Gralshüter dessen, was als öffentliche Meinung gelten darf. Politik, so die Forderung, habe sich im öffentlichen Raum an die Begrenzungen des Diskurses zu halten. Und sie tut es, denn solange das Unaussprechbare dem, was unter Regieren verstanden wird, nicht im Weg steht, solange sie sich öffentlich und symbolisch den Gesten unterwirft, auf die die Meinungsführerschaft ein Anrecht zu haben glaubt, solange kann sie ungeniert jener Tätigkeit nachgehen, die sich allzu oft in ihrer eigenen Wichtigkeit erschöpft. Die Rituale der *political correctness* bekommen ihren schalen Beigeschmack weniger durch ihren Anspruch auf dogmatische Verbindlichkeit. Sie tragen zur Abkehr von Politik vielmehr dort bei, wo grundlegende Probleme nicht gelöst, sondern deshalb ritualisiert beschwiegen werden, weil schon für das Ansprechen des Problems kein akzeptierter Sprachcode zur

Verfügung steht.

Einmal in den Gleisen der *political correctness* eingefahren wird die mediale Präsenz der Politik auch dort wichtig, wo schlechterdings kein Fachbeitrag zu erwarten wäre. Kaum ein Event, von einem Symposium über moderne Architektur über eine Konferenz zu Problemen der Hirnforschung bis hin zu einem Festakt zu Ehren eines afrikanischen Schriftstellers, der nicht mit einem Grußwort, einer Rede eines gewählten Repräsentanten veredelt würde. In der Haltung, zu allem etwas zu sagen zu haben, schwingt dabei nur allzu oft die Überforderung mit, es auch redlich zu tun. Da bereitet mitunter schon das Ablesen der vorgefertigten Texte Schwierigkeiten, denn dem Vortragen ist das Verstehen vorgeschaltet. Dort, wo letzteres defizient ist, kann ersteres nicht gelingen. Dem Verstehen geht die Beschäftigung mit der Materie, ihre geistige Durchdringung, voraus. Doch wer wollte in einer neuerungssüchtigen, medial vermittelten Welt noch die Zeit haben, sich mit der Materie zu beschäftigen, gar einen eigenen Gedanken zu fassen? Die begriffliche Leere zeigt sich in den austauschbaren Phrasen. Das Design bestimmt das Bewusstsein, die mediale Präsenz wird zum Selbstzweck.

Sinnfällig wird dies bei den öffentlichen Inszenierungen des Parteienwettbewerbes in Wahlzeiten. "Berlin bewegen" steht nur noch für ein geistiges Vakuum, dass durch alles oder nichts gefüllt zu werden vermag. "Zeit für Taten" steht für einen Dynamismus, dem die Substanz gleichgültig ist. Die Metaphern der Bewegung jedenfalls unterstreichen nur umso deutlicher, dass es längst nicht mehr um Inhalte geht. Überdehnt, überstreckt, in alle Lebensbereiche ausgreifend, Allzuständigkeit und Kompetenz beanspruchend, ist die Tiefe verloren gegangen. Der Mangel an Begrenzung und Tiefe wird durch die Vortäuschung von Geschwindigkeit und die Ideologie der Machbarkeit zu kaschieren gesucht.

Warten auf Godot

Die Menschen - mit einem feinen intuitiven Sensorium dafür ausgestattet, das Aufgesetzte von dem Authentischen zu unterscheiden - entziehen sich solcher Vereinnahmung durch das, was gemeinhin als Politikverdrossenheit öffentlich beklagt wird. Weit davon entfernt, Indikator für kollektives Wohlbefinden zu sein, bleibt die Wahlabstinenz ein probates Mittel, das Unausgesprochene zu sagen: Das nämlich zu einer Wahl Alternativen gehören, nicht bloß ein Reigen von Gesichtern, die noch nicht einmal Köpfe sind. Wäre es da nicht sinnvoller, das politische Führungspersonal gleich per Los zu bestimmen? Wäre die Republik damit schlechter regiert als sie es in den Augen Vieler ohnehin schon ist? Richtig bleibt das Vertrauen, das der Verfassungsgeber in den politischen Prozess gesetzt hat. Fatal wird das Vertrauen dann, wenn es nicht mit Inhalten unterlegt wird. Aus dem Widerstreit politischer Grundentscheidungen wird eine Konkurrenz substanzloser politischer Machtansprüche. Das ist der Geist des "ich will".

Spiegelbildlich entspricht der Politik als bloßem Wollen die Verflüchtigung von Zurechenbarkeit. Rücksicht auf den Koalitionspartner nehmen heißt: das als richtig Erkannte wird im Konsens aufgehoben. Globalisierung gilt als Entschuldigung für Nichtstun. Regieren im europäischen Mehrebenensystem ist die sozialwissenschaftliche Umschreibung für organisierte Unverantwortlichkeit. Kooperativer Föderalismus heißt: die Zurechenbarkeit verbirgt sich zwischen den einzelnen Ebenen. Die Verweisung auf Andere erledigt die Zuständigkeit. Der Rhetorik von Gestaltungswille und Allzuständigkeit steht seltsam blass die Nichtzuständigkeit dort gegenüber, wo es darauf ankäme.

Dort, wo die Rhetorik des Dienens durchscheint und wider besseren Wissens insinuiert, es gehe in der Politik nicht um Amt oder Mandat an sich, mögen noch die älteren Vorstellungen staatlichen Handelns mitschwingen. Aber schon in der Umgestaltung der Verwaltung, in der Dienst zur Dienstleistung umdefiniert wird, zeigt sich der neue Kern der Politik. Das, was einmal die Würde staatlichen Handelns ausmachte: nämlich die vorbehaltlose Rückbindung an die Idee des Gemeinwohls, wird nun zu einer Serviceleistung, ununterscheidbar von allen anderen, die auf dem Markt käuflich zu erwerben sind. Die Folge ist, dass in Politik und Verwaltung immer häufiger gerade diese Differenz einer allgemeinen

Käuflichkeit zum Opfer fällt. Die internationalen Korruptionsindices widerlegen schmerzlich den deutschen Mythos von einer besonderen Verbindung von Staat und Sittlichkeit.

War da nicht einmal die Rede von der geistig-moralischen Wende, die gleichsam versprach, die Meinungsführerschaft wieder im Bereich des Politischen anzusiedeln? Mittlerweile ist klar: es war weder geistig, noch moralisch, noch eine Wende. Es war der Auftakt zu jener Form von Restauration, die sich selbst die ärgsten Kritiker der frühen Bundesrepublik nicht vorzustellen vermochten: einer Restauration des Biedermeier, nicht im Zeichen des Nierentischs, sondern im Zeichen der buntscheckigen Privatisierung des Öffentlichen. Höhlentrekking und Bungee-Jumping werden zu kollektiven Chiffren für eine unterhaltungssüchtige Generation. Getreu dem Motto, die Menschen dort abzuholen, wo sie zu finden sind, entblödet sich die Politik nicht, Teil des kollektiven Freizeitparks zu werden, in dem sie die Spitze der gesellschaftlichen Avantgarde vermutet.

Politik, verfremdet

Politik wird Politainment: Keine Talkshow, keine soap opera, die nicht durch die Anwesenheit der politischen Klasse signalisiert, dass die Grenze zwischen Gemeinwohl und Gemeinplatz nur noch eine figurative ist. Selbst die Veranstaltung, die in zynischer Umkehrung von Begrifflichkeit die negative Utopie Orwells in ein öffentlich bestauntes Seminar in Gruppenpsychologie verkehrte, schien als Spielwiese politischer Eitelkeiten durchaus geeignet. Was dem Fernsehen die Quote, ist dem Politiker das Politbarometer; fällt die Zustimmung einmal mangels überzeugend unterhaltsamer Performance nach unten, wird Feinabstimmung vorgenommen. Dann kommt die Stunde der Medienberater, der spin doctors, deren ceterum censeo nur das Eine ist: Das es nämlich auf die Verpackung ankomme. Und da Verpackungen genormt, beinahe austauschbar sind, werden auch noch die letzten Widerständigkeiten beseitigt. Der daraus entstehende Typus des Politikers gleicht sich bis in die Farbe der Krawatte; Differenzen werden als angebliche Profile nur noch inszeniert. Neu ist, das Abgekarterte der Sache unverblümt einzugestehen. Die Inszenierung für das Volk ist durchaus gewollt, die Erregung nur gespielt. Seltsam verhalten ist nur der Szenenapplaus.

Der Kampf um die Quote geht längst nicht um eine daraus abzuleitende Gestaltungsmehrheit. Diese Koppelung medialer Präsenz mit politischem Programm und dem Willen, dieses auch umzusetzen, wäre ein seltener Glücksfall. Der Kampf um die Quote, um die Präsenz, die Aufmerksamkeit, hat seine Wurzel fast immer dort, wo sich Politik am empfindlichsten glaubt: in der Vermutung, dass es dem Beruf der Politik der beruflichen Anschlussfähigkeit ermangelt. Die Quintessenz politischen Engagements ist das Ankommen und Dranbleiben.

Deutlicher kann ja die kognitive Dissonanz zwischen Verlautbarung und Lebenswelt nicht sein. Der Globalisierung steht der Parteiarbeiter entgegen, der in der Immobilität die Voraussetzung für eine politische Karriere sieht. Den richtigen "Stallgeruch" zu haben, also sich über Jahre in Versammlungen, Treffen, Parteitage, Sitzungen und Wahlkämpfen bewährt zu haben, ist heute die vornehmste Voraussetzung für eine politische Karriere. Die Richtung der politischen Bewährung ist vertikal, nie horizontal. Der Seiteneinsteiger ist suspekt, weil er die allgemeine Regel der innerparteilichen Eliterekrutierung außer Kraft setzt. Die Netzwerke des autistischen Selbsthilfesystems von Parteipolitik genießen gegenüber der gegenseitigen Durchlässigkeit von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Priorität. Mobilität und Flexibilität, also die Möglichkeiten der Entfaltung außerhalb eines engen und örtlich gebundenen Rahmens, werden umstandslos zu Qualifikationen nachrangiger Art erklärt. Die daraus resultierende Perspektive auf die Globalisierung ist in sich schief. Sie anempfiehlt, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch korrekt, sich auf die Globalisierung mittels einer profilierten Biographie einzustellen. Studium oder Berufstätigkeit im Ausland werden für die Karriere am Arbeitsmarkt als unabdingbar präsentiert, aber nicht für eine Karriere in der Politik: da sind solche exzentrischen Entwürfe hinderlich. Das Auseinanderfallen von wirtschaftlichen und politischen Eliten bringt internationale Orientierung auf der einen, politische Provinz auf der anderen

Seite hervor. Die einen sind die Motoren der Globalisierung, die anderen gestalten vor Ort. Säuberlich voneinander geschieden berühren sich beide Lebenswelten allenfalls auf gesellschaftlichen Empfängen. Da die Lebenswelten unterschiedlicher nicht sein könnten, bleiben Missverständnisse nicht aus: Misstrauisch wird von der einen Seite das frei flottierende und heimatlose Managertum beäugt, das nur Rendite, nie aber das Gemeinwohl im Blick habe. Von der anderen Seite sieht man das Personal der Politik als folkloristisch angehauchte Sachbearbeiter, die mittels politischer Landschaftspflege als nützliches Alibi für die eigenen Interessen gewonnen werden können. Politik folgt vorgeblichen Sachzwängen aus einer Welt, die nicht die ihre ist.

Ruhe auf den Rängen

Politikerschelte also? Liegt das Unbehagen in der politischen Kultur darin begründet, dass sich der für eine stabile Demokratie unabdingbare Vertrauensvorschuss in die Gewählten schon vor dem Wahlakt verflüchtigt hat? Wenn die wohlfeilen Versprechen unmittelbar nach dem Wahlakt in die Asservatenkammer verzeihlicher politischer Überspitzungen gelegt werden? Wenn, um es zu konkretisieren, eine Partei, die aus der Gewaltfreiheit einen nicht unbeträchtlichen Teil ihres Appeals gezogen hat, durch ihren Außenminister dann den ersten Krieg zu verantworten hat, den Deutschland nach 1945 geführt hat - und, wie einige meinen, auch noch in deutscher Tradition, nämlich contra legem? Wenn, aktueller, unmittelbar nach der Wahl die Haushaltswahrheit und die daraus sich ergebenden Konsequenzen dem Bürger als Rechnung präsentiert wird? Vor Tische las man es anders. Nun steht der Verdacht im Raum: Dem Wahlvolk war weder die Nachricht vom Ernst der Lage noch der verschiedenen Strategien, der Lage Herr zu werden, zugemutet worden. Am Wahltag war also über Inszenierungen der Realität abgestimmt worden - keineswegs ein neues Phänomen, aber doch in der Geschwindigkeit, mit der die Masken dann abgelegt wurden, einigermaßen rekordverdächtig. Wer wollte sich angesichts solcher nun keineswegs einmaliger Kehrtwendungen nicht abwenden und in der Hoffnung darauf, dass ansonsten das politische System mit seinen ausgeklügelten checks and balances größeren Schaden schon vermeiden möge, diejenigen ihr Geschäft besorgen lassen, die sich selbst dafür berufen und auserwählt halten? Aber selbst dort, wo die politischen Kehrtwenden noch verzeihlich wären, sorgt die unappetitliche Mischung von Politik und Barem dafür, dass es immer schwieriger wird, angesichts der Beschwörung, Politik habe doch das Gemeinwohl im Auge, nicht in schallendes Gelächter auszubrechen. Politik gerät in den Generalverdacht allgemeiner Unanständigkeit. Austauschbar ist der Typus des Politikers wie der Typus des Skandals. Austauschbar ist auch der politische Reflex auf den Skandal der Anderen.

Der Ennui speist sich aus dem Wissen darum, dass sich an diesen Strukturen nichts ändern lässt und aus der Vermutung, dass durch die vielfach miteinander verwobenen Politikebenen mehr als ein politischer Inkrementalismus ohnehin nicht zu erwarten ist. Die Sommerfrische bietet da jedenfalls mehr Abwechslung. Da hilft auch kein Wetter gegen die Spassgesellschaft, denn sie ist der Waffenstillstand, den der Bürger mit der Politik geschlossen hat. Wo käme denn Politik auch hin, wenn sich die Bürger, die Beschwörungen ihrer politischen Repräsentanten ernst nehmend, zivilgesellschaftlich organisierten und das Geflecht von gegenseitigen Abhängigkeiten in Parteien und Politik in Frage stellten? Hier ist kaum Gefahr zu erwarten, denn das Publikum in der Zuschauerdemokratie vermittelt allzu häufig den Eindruck, es komme ihm weniger auf die Qualität des Stücks als die Bequemlichkeit der Bestuhlung an.

Nur dann, wenn die eigenen Interessen betroffen sind, wird Betroffenheit organisiert. Je spezifischer das Interesse, desto erfolgreicher die Aussicht auf Revision. Je allgemeiner, abstrakter das Interesse, desto stärker die Neigung, es zugunsten von konkreten Interessen zurückzustellen. Im Netzwerk der konkreten Interessen spielt Politik die Rolle eines Erwartungserfüllungsgehilfen. Die labile Kumpanei von konkreten Interessen und Politik lässt diejenigen hinten runterfallen, die zur Bündelung ihrer Anliegen nicht in der Lage sind. Deshalb ist der Unterschied zwischen der Privatisierung und der Vergesellschaftung von Marktversagen eine Frage der Größenordnung. Der zwanglose Zwang der stärkeren Interessengruppe bestimmt die Gesetzgebungsverfahren. Ein allgemeines Interesse ist in der Polyphonie konkreter Interessen

nicht mehr durchsetzungsfähig. Das "Gemeinwohl" wird in der Praxis ohne Umstände verabschiedet, weil es nur in seiner theoretischen Unbestimmtheit konsensfähig ist.

Ennui ist der Verdruss der Politikmüden, die Abstand wahren um den Anstand wahren zu können. Es ist die Aktualisierung einer Denktradition, die "denen da oben" so ziemlich alles zutraut, nur nicht das, wofür sie gewählt worden sind. Und es ist die achselzuckende Kenntnissnahme von Politik unter der Bedingung, es möge die eigenen Kreise nicht stören.

Endspiele

Beide Haltungen verraten indes eine tiefe Kluft, die auf Dauer dann gefährlich werden kann, wenn sich der Ennui einmal an sich selbst erschöpft hat; die daraus entstehenden Verwerfungen einzufangen könnte die Politik überfordern. Die Haltung des Protests, des gezielten Tabubruchs, die vom politischen Rand in die Mitte durchsickert, ist auch eine Absage an die attentistische Grundhaltung, die den Ennui auszeichnet. Die Haltung des Protests trifft die Gesellschaft an der empfindlichsten Stelle: dort nämlich, wo man seinen Frieden mit den gängigen Sprachcodes gemacht und es sich gemütlich eingerichtet hat. Der Protest richtet sich gegen den gesamtgesellschaftlichen Absentismus und Quietismus, gegen das Privatisieren, gegen die Kumpanei von Geltungs- und Meinungseliten, gegen die Totenstille des allgegenwärtigen Konsenses. Bestenfalls ist neuer Männerstolz gefragt, der Mut, sich seines eigenen Rückgrates zu bedienen. Doch dem politischen Extremismus ist es damit nicht genug. Gesucht wird die Konfrontation, der Akt körperlicher Gewalt, der das Wort widerlegt und damit den Glauben an die pazifizierende Wirkung des Wortes. Die Aktion, der Kampf werden zu Chiffren des Widerstands gegen eine gesättigte Gesellschaft, der der Sinn für die res publica verloren gegangen zu sein scheint.

Auch das letzte Biedermeier ist durch solcherart Manifestationen politischer Gewalt immer wieder aus seiner Behäbigkeit aufgeschreckt worden. So entsprang das Erschrecken angesichts des Anschlags auf das World Trade Center der berechtigten Einsicht, dass die Gartenlaube kein Hort von Sicherheit und Beschaulichkeit darstellt. Dass die Globalisierung Risiken mit sich bringt, diese Einsicht ist längst zum Allgemeingut gereift. Doch die Konsequenzen dieser Einsicht eben nicht: mit der Zunahme an komplexen Systemen wächst nicht nur die Störanfälligkeit, sondern auch die Möglichkeit, durch einen Angriff auf komplexe Systeme eine horizontale Schadenseskulation zu betreiben. So werden wir Opfer unseres Erfolges: Eine hoch zivilisierte Gesellschaft kann wegen der Komplexität ihrer Struktur mit mittelalterlichen Methoden in Geiselschaft genommen werden. Aber wenn schon im eigenen Land die Ausprägung von Parallelgesellschaften mit laizistischer Nonchalance zur Kenntnis genommen wird, wie viel mehr Anstrengung bedürfte dann die Weckung des Bewusstseins für die existenzielle Bedeutung kultureller Konfliktlinien; gerade dann, wenn die Destruktivität des Anderen, die sich selbst mit einzuschließen vermag, als Affirmation religiös-kultureller Identitätsstiftung verstanden wird. Solche, die innerweltliche Rationalität transzendierenden Handlungsmuster sind dem Westen fremd geworden, und deshalb tut er sich schwer, in einer Kultur des Individualismus und des Hedonismus darauf probate Antworten zu finden. Der individualistische Horizont beschränkt sich darauf, kulturelle Vergemeinschaftungen als rückständig zu deklarieren und im übrigen zu hoffen, dass die kulturellen Konfliktlinien nicht seinen eigenen Lebensentwurf sprengen. Und ebenso tut er sich schwer, im Namen eigener Identität der Abkoppelung des Anderen in der eigenen Gesellschaft Einhalt zu gebieten. Man rechne heute, wie Gottfried Benn einmal beklagte, mehr mit den eigenen Parolen als den eigenen Beständen. Dort, wo die Nation als Bevölkerung missverstanden und der Multikulturalismus zur Leitkultur erklärt wird, kann das normative Band einer Gesellschaft nur noch schwach, nämlich im Haben, begründet werden. Sicherlich, von einer geistigen Mobilmachung sind wir weit entfernt, auch wenn uns eingeredet werden soll, die Vorwarnzeiten ließen nur noch einen Präventivschlag zu. Aber schon die Vergewisserung der eigenen Identität wäre eine lohnende Anstrengung, die den Ennui untergraben und dem Neobiedermeier seine Grenzen aufzeigen könnte.

[neobiedermeier/](#)

Abgerufen am: 17.10.2026